Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 11. Dezember 2013
Ausgabe 236
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **4**
› Bürgerbüro Pasing: Schließung um eine Woche verschoben 4
› Kandidatendiskussion zur Europawahl 4
› Experten erörtern die Folgen des Klimawandels 5
› Tramverlängerung Pasing: Stadtbibliothek feiert mit 5
› Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum 6
› Stadtmuseum: Klavierkonzert und Führung zur Ausstellung „Landshoff“ 6
› Film, Musik und Gespräch über die Schriftstellerin Carry Brachvogel 7
Antworten auf Stadtratsanfragen **8**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Donnerstag, 12. Dezember, 11 Uhr, Grütznerstube im Rathaus
Pressegespräch „Jahresvorschau 2014“ mit Oberbürgermeister Christian Ude.

Wiederholung
Donnerstag, 12. Dezember, 18 Uhr, Polizeipräsidium, Ettstraße, Haupteingang, Rapportsaal, Erdgeschoss
Oberbürgermeister Christian Ude spricht beim Festakt „100 Jahre Polizeipräsidium München“.

Donnerstag, 12. Dezember, 16 Uhr, Rathaus, Kleiner Sitzungssaal
Bürgermeisterin Christine Strobl nimmt das Qualitätssiegel „Bildungsregion in Bayern“ von Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle entgegen. Das Referat für Bildung und Sport der Landeshauptstadt München hat sich im Juli erfolgreich als „Bildungsregion in Bayern“ beworben. Die bayernweite Initiative hat zum Ziel, Schulen, Kommunen und andere lokale Partner miteinander zu vernetzen, um vor Ort den Lern- und Lebensraum für junge Menschen zu gestalten. Das städtische kommunale Bildungsmanagement entwickelt bereits seit einigen Jahren die Münchner Bildungslandschaft in diesem Sinne weiter. Als Bildungsregion können die bereits bestehenden guten Kooperationsbeziehungen mit dem Freistaat effektiver ausgebaut werden.

Samstag, 14. Dezember, 11 Uhr, Pasinger Rathausplatz
Oberbürgermeister Christian Ude spricht zur Einweihung der Trambahnverlängerung der Linie 19 nach Pasing.

Montag, 16. Dezember, 19 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal
Welche Auswirkungen der Klimawandel im Globalen hat und wie er im Lokalen wirken kann, wird bei der Veranstaltungsreihe „Mutbürger für Energiewende!“ diskutiert. Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, spricht Grußworte. Über die weltweite Häufigkeit von Unwettern und die finanziellen Folgen des sich ändernden Weltklimas referiert Professor Dr. Peter Höppe, Leiter Geo Risks Research/Corporate Climate Center der MunichRe. Wie es um das Münchner Stadtklima steht, wird Gerhard Hofmann, Leiter des Regionalen Klimabüros des Deutschen Wetterdienstes (DWD) in München, erklären. Der DWD und das Referat für Gesundheit

und Umwelt untersuchen seit 2012, wie sich das Münchner Stadtklima der Zukunft entwickeln wird.
(Siehe auch unter Meldungen)

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 18. Dezember, 19 Uhr, Cafeteria des ASZ Schwabing-West, Eingang Hiltenspergerstraße 76 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 4 (Schwabing-West) mit dem Vorsitzenden Dr. Walter Klein.

Mittwoch, 18. Dezember, 19.30 Uhr, Cafeteria des ASZ Schwabing-West, Eingang Hiltenspergerstraße 76 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 4 (Schwabing-West).

Mittwoch, 18. Dezember, 18 Uhr, Gasteig, Cafeteria im Erdgeschoss, Rosenheimer Straße 5 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 5 (Au – Haidhausen) mit der Vorsitzenden Adelheid Dietz-Will.

Mittwoch, 18. Dezember, 19 Uhr, Gasteig, Besprechungsraum 4.156 (4. Obergeschoss, Aufzug in der Glashalle links neben der Cafeteria), Rosenheimer Straße 5 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 5 (Au – Haidhausen).

**Mittwoch, 18. Dezember, 17.30 bis 19 Uhr,
BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b (barrierefrei)**
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing – Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Meldungen

Bürgerbüro Pasing: Schließung um eine Woche verschoben
(11.12.2013) Der Beginn der vorübergehenden Schließung des Bürgerbüros Pasing verschiebt sich auf den 23. Dezember. Ursprünglich war die Schließung bereits ab dem 16. Dezember geplant.
Um den Kundinnen und Kunden künftig einen besseren Service zu bieten, wird das Bürgerbüro Pasing innerhalb von zirka sechs Monaten umgebaut. Mit den Umbaumaßnahmen werden mehr Sachbearbeitungsplätze gewonnen, die Wartezonen vergrößert und ein Servicepoint eingerichtet. Während der Bautätigkeit muss das Bürgerbüro Pasing vorübergehend geschlossen werden.
Ab dem Zeitpunkt der Schließung können Ausweisdokumente, die ursprünglich zur Abholung im Bürgerbüro Pasing vorgesehen waren, im Kreisverwaltungsreferat, Bürgerbüro, Ruppertstraße 19, abgeholt werden. Für sämtliche weiteren Dienstleistungen der Dienststelle in Pasing können die Bürgerinnen und Bürger auf folgende Bürgerbüros ausweichen: Ruppertstraße 19, Forstenrieder Allee 61, Orleansstraße 50, Riesenfeldstraße 75.
Das Kreisverwaltungsreferat wird den genauen Termin der Wiedereröffnung im Sommer 2014 so bald wie möglich bekannt geben. Weitere Informationen zu den Öffnungszeiten und dem Serviceangebot der Bürgerbüros über das Servicetelefon der Bürgerbüros unter 2 33-9 60 00 oder über die einheitliche Behördennummer 115 sowie im Internet *www.muenchen.de*

Kandidatendiskussion zur Europawahl
(11.12.2013) Im Sommer 2014 wird das Europäische Parlament gewählt. Aus diesem Anlass stellen das Europe Direct Informationsbüro München & Oberbayern und die Europäische Akademie Bayern e.V. Kandidatinnen und Kandidaten aus Bayern vor, die sich um ein Mandat bewerben. Markus Ferber (CSU), Thomas Händel (Die Linke), Nadja Hirsch (FDP) und Barbara Lochbihler (Die Grünen) diskutieren mit dem Publikum über Schwerpunkte und Ziele der Arbeit des neuen Europaparlaments und der Europäischen Union. Die Veranstaltung am Dienstag, 17. Dezember, 19 Uhr, unter dem Titel „Europawahlen 2014 – Wohin steuert die EU?“ in der Black Box der Stadtbibliothek Am Gasteig, Rosenheimer Straße 5, wird moderiert von Gerhard Losher, Leiter der Redaktion Europa des Bayerischen Fernsehens. Der Eintritt ist frei.
Das Europe Direct Informationszentrum München & Oberbayern (EDI) ist ein Gemeinschaftsprojekt des Fachbereichs Europa im Referat für Arbeit

und Wirtschaft der Landeshauptstadt München und der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig mit Förderung der Europäischen Kommission.

Experten erörtern die Folgen des Klimawandels

(11.12.2013) Ob Hitzesommer, Hurrikans, Hochwasser oder Dürreperioden – bei extremen Wetterlagen ist der Klimawandel viel zitiert. Wetterphänomen hat es sicherlich schon immer gegeben. Statistisch feststellbar aber ist, dass Unwetter in den letzten Jahrzehnten weltweit zunehmen. Welche Auswirkungen im Globalen es gibt und wie der Klimawandel im Lokalen wirken kann, wird bei der Veranstaltungsreihe „Mutbürger für Energiewende!" am Montag, 16. Dezember, ab 19 Uhr diskutiert. Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, spricht Grußworte. Über die weltweite Häufigkeit von Unwettern und die finanziellen Folgen des sich ändernden Weltklimas informiert Professor Dr. Peter Höppe, Leiter Geo Risks Research/Corporate Climate Center der MunichRe. Sein Vortragstitel lautet: „Menschengemachter Klimawandel: Globale Umweltschäden". Die MunichRe verfügt über die weltweit größte Datenbank für Unwetterschäden. Wie es um das Münchner Stadtklima steht, wird Gerhard Hofmann, Leiter des Regionalen Klimabüros des Deutschen Wetterdienstes (DWD) in München erklären. „Klimawandel und Stadtstrukturen: Beispiel München" hat Hofmann seinen Beitrag überschrieben.

Der DWD und das Referat für Gesundheit und Umwelt untersuchen seit 2012, wie sich das Münchner Stadtklima der Zukunft entwickeln wird. Das Stadtklima hat Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden, auf die Mobilität und die Planung von Gebäuden oder Grünanlagen. Mit den Ergebnissen der Studie soll frühzeitig das sich ändernde Klima in der künftigen Entwicklung Münchens berücksichtigt werden. Die Veranstaltung mit dem Titel „Klimawandel ganz konkret" findet im Großen Sitzungssaal des Rathauses statt. Der Eintritt ist frei.

Die Veranstaltungsreihe „Mutbürger für Energiewende!" wird seit Ende 2011 vom Verein Die Umwelt-Akademie in Kooperation mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt organisiert. Sie wird gefördert von der IKEA-Stiftung, der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, der Landeshauptstadt München, der Selbach-Umwelt-Stiftung und der Manfred-Wierichs-Stiftung. Weitere Infos gibt es auch unter *www.die-umwelt-akademie.de*.

Tramverlängerung Pasing: Stadtbibliothek feiert mit

(11.12.2013) Am Samstag, 14. Dezember, wird nach langer Bauzeit die Trambahnverlängerung der Linie 19 zum Pasinger Bahnhof eingeweiht. Zur Eröffnung findet ein Festprogramm rund um den Bahnhof und den Pasinger Rathausgarten statt. Die Stadtbibliothek Pasing feiert mit und veranstaltet

einen Tag der offenen Tür von 11 bis 17 Uhr. Neben der Möglichkeit zur Anmeldung und Ausleihe gibt es ein vielfältiges Programm für Kinder und Familien: Weihnachtsbasteln, Kinderschminken, Bücherflohmarkt im 2. Stock, Lesungen mit der Kinderbuchautorin Annette Röder um 13, 15 und 16 Uhr. Weitere Informationen im Internet unter *www.muenchner-stadtbibliothek.de/pasing,* sowie telefonisch bei Petra Winnerlein, Telefon 2 33-3 72 19.

Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum

(11.12.2013) Am Montag, 16. Dezember, findet von 16.30 bis 17.30 Uhr im bewirteten Turmstüberl des Valentin-Karlstadt-Musäums, Tal 50, das monatliche offene Turmsingen statt. Unter der Leitung von Eva Becher und Andreas Schmidt vom Kulturreferat werden bekannte und unbekannte Volkssängerlieder gesungen. Die Teilnahme ist kostenlos, der Eintritt für das Musäum beträgt 2,99 Euro. Es kann bis 17.29 Uhr besichtigt werden und wird nach Ende der Singstunde geschlossen.
Das monatliche Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum wird veranstaltet vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit dem Valentin-Karlstadt-Musäum und dem Turmstüberl. Nähere Informationen unter *www.muenchen.de/volkskultur* oder unter *www.valentin-musaeum.de*.

Stadtmuseum: Klavierkonzert und Führung zur Ausstellung „Landshoff"

(11.12.2013) Die Retrospektive von Hermann Landshoff stellt erstmals das Werk des aus München stammenden Mode- und Porträtfotografen aus. Aus diesem Anlass lädt das Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, zu zwei Veranstaltungen ein.
Die international bekannte ukrainische Pianistin und Cembalistin Ella Sevskaya wird anlässlich der Retrospektive von Hermann Landshoff in einem Klavierkonzert am Sonntag, 15. Dezember, 11 Uhr, musikalisch die familiären Wurzeln des Fotografen aufgreifen. Auf einem Hammerklavier wird sie Stücke von Johann Sebastian Bach und dessen Sohn Johann Christian Bach vortragen, Klavierstücke, die von Ludwig Landshoff (1874-1941), dem Vater von Hermann Landshoff, veröffentlicht worden sind. Ludwig Landshoff gilt als Kenner der Musik des 17. und 18. Jahrhunderts und war zu Lebzeiten ein renommierter Musikwissenschaftler und Dirigent. Wesentlich trug er zur Wiederentdeckung des Bach-Sohnes Johann Christian Bach bei und war Herausgeber der Großen Gesamtausgabe der Werke Bachs. Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 2 Euro.
Dr. Ulrich Pohlmann führt ebenfalls am Sonntag, 15. Dezember, 15 Uhr, durch die Ausstellung „Hermann Landshoff – eine Retrospektive. Photographien 1930 – 1970". Aufgrund seiner jüdischen Abstammung zur Emi-

gration gezwungen lebte Landshoff von 1933 bis 1939 in Paris, um anschließend nach New York überzusiedeln, wo er ab 1941 äußerst erfolgreich für die Illustrierten „Harper's Bazaar" und „Mademoiselle" arbeitete. Neben seinen Modeaufnahmen, die eine Generation von Fotografen wie Richard Avedon maßgeblich beeinflusst haben, wird in der Ausstellung erstmals der einzigartige Porträtzyklus der bedeutendsten Fotografen des 20. Jahrhunderts zu sehen sein, den Landshoff zwischen 1945 und 1955 geschaffen hat. Andere Bildnisse zeigen Albert Einstein, Karl Valentin, Eva Hesse und den Kreis der Surrealisten von Max Ernst bis Marcel Duchamp in New York. Der Eintritt kostet 6 Euro, ermäßigt 3 Euro, eine Führungsgebühr fällt nicht an.

Film, Musik und Gespräch über die Schriftstellerin Carry Brachvogel
(11.12.2013) Gemeinsam mit dem Bayerischen Fernsehen zeigt die Monacensia am Sonntag, 15. Dezember, um 11 Uhr im Vortragssaal der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig, Rosenheimer Straße 5, den 30-minütigen Film „Im Weiß-Blauen Land. Die Schriftstellerin Carry Brachvogel". Im Anschluss findet ein Gespräch mit der Autorin Dr. Ingvild Richardsen, dem Regisseur Dr. Michael Appel, dem Redakteur Wolfgang Preuss, und Dr. Elisabeth Tworek, Leiterin der Monacensia, statt. Andrea Pancur und Ilya Shneyveys singen und spielen Alpenklezmer.
Die aus einem jüdisch-bayerischen Elternhaus stammende Carry Brachvogel (1864 – 1942) avancierte im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts zu einer in ganz Deutschland bekannten Schriftstellerin. Jahrzehntelang war ihr literarischer Salon ein Zentrum des kulturellen Lebens in München. Dann wurde aus der Erfolgsgeschichte eine Tragödie: Wegen ihrer jüdischen Herkunft erhielt sie 1933 Berufsverbot und wurde aus dem von ihr gegründeten Schriftstellerinnen-Verein ausgeschlossen. Zusammen mit ihrem Bruder, dem Historiker Professor Dr. Siegmund Hellmann, wurde sie 1942 nach Theresienstadt deportiert, wo beide wenige Monate später umkamen.
Im städtischen Literaturarchiv Monacensia befindet sich ein umfangreiches Konvolut mit Briefen und Dokumenten zu Carry Brachvogel. Der Eintritt beträgt 5 Euro, die Karten sind ab 10.30 Uhr am Veranstaltungsort erhältlich. Nähere Informationen zur Monacensia sind im Internet unter *www.muenchner-stadtbibliothek.de/monacensia* abrufbar.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 11. Dezember 2013

Was bringen die Investitionen der Stadtwerke München GmbH den Münchnern?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP) vom 7.10.2013

Bei Umstellung auf Fernwärme müssen die Mieter die erhöhten Kosten nicht tragen?
Anfrage Stadtrat Marian Offman (CSU) vom 28.10.2013

Was bringen die Investitionen der Stadtwerke München GmbH den Münchnern?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP) vom 7.10.2013

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 07.10.2013 führen Sie als Begründung aus:

„Am 2. März 2006 wurde dem Stadtrat wortreich erklärt, dass der Atomstrom des Kraftwerks Isar II, an dem die Stadtwerke beteiligt sind, nicht für Kunden in München eingespeist wird, sondern verkauft würde. Der aus Isar II erzeugte Strom spielt für die in München verwendete Strommenge der Stadtwerke München GmbH (SWM) zur Belieferung ihrer Stromkunden im Münchner Netzgebiet keine Rolle (vgl. Rathaus Umschau vom 2. März 2006, Seite 9).
Auf der anderen Seite wird der Öffentlichkeit in den letzten Jahren ständig vorgegaukelt, dass die Investitionen der SWM irgendwo in Europa, sei es das jüngste Windkraftprojekt in Mittelfrankreich oder die Off-Shore-Beteiligungen in der schottischen See, dazu führe, dass immer mehr Haushalte mit regenerativen Energien versorgt würden. Dies wird dann immer mit dem großen europäischen Stromsee begründet, in den aber auch natürlich die Atomenergie von Isar II mündet."

Vorab bedanke ich mich für die entsprechend meiner Zwischennachricht vom 23.10.2013 gewährte Terminverlängerung.

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die überwiegend in den Zuständigkeitsbereich der Stadtwerke München GmbH (SWM) fallen. Anhand einer Stellungnahme der SWM können Ihre Fragen daher wie folgt beantwortet werden:

Vorbemerkung der SWM:
Der Klimawandel stellt eine gewaltige Herausforderung dar. Zugleich steigt der Energieverbrauch weltweit stetig an, vor allem aufgrund des Energiehungers von Schwellenländern wie z.B. China und Indien. Die natürlichen Ressourcen hingegen werden immer knapper. Steigende Preise für Öl, Gas und Kohle sind die Folge. Klimaschutz und ein nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen gehören daher zu den wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Mit Hilfe der SWM nimmt die Stadt München eine Vorreiterrolle ein und setzt sich an die Spitze bei Klima- und Umweltschutz.

Bis 2025 wollen die SWM so viel Ökostrom in eigenen Anlagen produzieren, wie ganz München verbraucht. Das sind immerhin rund 7,5 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr. München wird damit weltweit die erste Millionenstadt sein, die dieses Ziel erreicht. Zur Realisierung haben die SWM bereits im Jahr 2008 die „Ausbauoffensive Erneuerbare Energien" gestartet.

Ausgangspunkt der Aktivitäten der SWM sind stets München und die Region. Als Beispiele seien hier die Wasserkraftwerke an der Isar, die Uppenbornwerke in Moosburg, das Pumpspeicherkraftwerk an der Leitzach, die Biogasanlage im Tierpark Hellabrunn sowie die Photovoltaikanlagen in München genannt. Innerhalb Münchens wird ein Fokus auf die kombinierte Erzeugung von elektrischer Energie und Wärme (Fernwärme) im Rahmen der Kraft-Wärme-Kopplung gelegt. Neben den erneuerbaren Energien ist die Kraft-Wärme-Kopplung der umweltverträglichste technische Prozess, um wirtschaftlich und sicher Strom und Wärme zu erzeugen. Somit ist sichergestellt, dass große Teile Münchens umweltfreundlich mit Fernwärme und Strom aus Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen der SWM versorgt werden können.

Frage 1:
Wäre es nicht an der Zeit, dass die SWM der Münchner Bevölkerung erklärt, dass die erzeugte Energie der verschiedenen Investitionen der SWM in erneuerbare Energien irgendwo in Europa zur Belieferung ihrer Stromkunden im Münchner Netzgebiet keine Rolle spielt?

Antwort der SWM:
Bekanntlich kann der gesamte Münchner Strombedarf nicht regenerativ in München und der Region erzeugt werden. Das Münchner Stromnetz ist ein integraler Teil des deutschen bzw. europäischen Stromnetzes. Die SWM haben damit die Möglichkeit, erneuerbare Energie dort zu produzieren, wo es ökonomisch und ökologisch am sinnvollsten ist – sowohl in Deutschland als auch im europäischen Ausland.
Unabhängig vom Produktionsort wird die elektrische Energie in das europäische Stromnetz eingespeist, verdrängt dort umweltbelastend erzeugte Energie und steht den Kundinnen und Kunden der SWM in München zur Nutzung zur Verfügung. Es ist daher unzutreffend, dass die Investitionen der SWM in erneuerbare Energien in Deutschland und Europa für die Belieferung der hiesigen Stromkunden keine Rolle spielen. Vielmehr sind die Investitionen der SWM ein wichtiger Eckpfeiler für die Versorgung Münchens mit umweltfreundlich erzeugtem Strom.

Frage 2:
Wie hoch ist der Anteil der seitens der Stadtwerke mit insgesamt 9 Milliarden Euro bezifferten Investitionen in erneuerbare Energieprojekte, der bereits getätigt wurde oder der Mittel, die gebunden sind?

Antwort der SWM:
Der Anteil der gebundenen Mittel beläuft sich auf rund ein Drittel des Budgets für die „Ausbauoffensive Erneuerbare Energien". Mit den bereits angestoßenen oder realisierten Projekten verfügen die SWM nach deren Fertigstellung über eine Erzeugungskapazität von rund 2,8 Milliarden kWh Ökostrom in eigenen Anlagen. Das entspricht bereits 37 Prozent des Münchner Stromverbrauchs und ist schon deutlich mehr als alle rund 800.000 Münchner Haushalte sowie U-Bahn und Tram benötigen.

Frage 3:
Wie verteilen sich die getätigten Investitionen auf die Sektoren Wasser, Sonne, On-Shore- und Off-Shore-Wind?

Antwort der SWM:
Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass die SWM, wo immer technisch und wirtschaftlich sinnvoll, bereits seit Langem in den Ausbau und die Erhaltung der Wasserkraftwerke in der Region investieren. Darüber hinaus verteilen sich die im Rahmen der „Ausbauoffensive Erneuerbare Energien" getätigten Investitionen in etwa auf ein Prozent Wasserkraft, elf Prozent Solarenergie sowie 32 Prozent Onshore- und 56 Prozent Offshore-Windenergie.

Ich hoffe, dass Ihre Fragen hiermit beantwortet werden konnten.

Bei Umstellung auf Fernwärme müssen die Mieter die erhöhten Kosten nicht tragen?
Anfrage Stadtrat Marian Offman (CSU) vom 28.10.2013

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 28.10.2013 führen Sie als Begründung aus:

„In einer neuen Bestimmung im BGB unter § 556 c (Kosten der Wärmelieferung als Betriebskosten) ist ausgeführt, dass wenn Wärme neu geliefert wird aus einer von einem Lieferanten neu errichteten Anlage oder aus einem neuen Wärmenetz der Mieter die Kosten nur insofern zu tragen hat, als dass diese die Betriebskosten für die bisherige Eigenversorgung mit Wärme oder Warmwasser nicht übersteigen. Ziel dieser neuen Vorschrift ist, dass Mieter vor überhöhten Wärmekosten geschützt werden sollen. Bezogen auf die von den SWM angestrebten Umstellungen der Wärmeversorgungen in München auf Fernwärme stellt sich die Frage, ob beim Wechsel von Erdgas zur Fernwärme die Mieter die zusätzlichen Kosten zu tragen haben. Diese Fragestellung ist deshalb brisant, weil sich bei den aktuellen Wärmeabrechnungen für den Geschosswohnungsbau herausstellte, dass Fernwärme (93Euro/MWh) um 60% teurer als Erdgas (57Euro/MWh) ist.
Angesichts dieser beträchtlichen Preisdifferenz ist die vom Bundesgesetzgeber neu erlassene Bestimmung für Mieterinnen und Mieter in München bemerkenswert. Wegen der hohen Preisdifferenz und des für Vermieter daraus möglicherweise entstehenden Kostenrisikos scheint die Umstellung auf Fernwärme nicht mehr attraktiv. Inwieweit sich die Neubestimmung auch auf die Fernwärmepreise bei Neubauten ausstrahlt, wird derzeit in Fachkreisen heftig diskutiert.“

Vorab bedanke ich mich für die entsprechend meiner Zwischennachricht vom 14.11.2013 gewährte Terminverlängerung.

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die in den operativen Geschäftsbereich der Stadtwerke München GmbH (SWM) fallen. Auf Basis einer Stellungnahme der SWM können Ihre Fragen wie folgt beantwortet werden:

Vorbemerkung der SWM:
„Das Münchner Fernwärmenetz ist schon jetzt mit rund 800 Kilometern Länge eines der größten Europas – und es wird weiter wachsen. In den

nächsten Jahren bauen die SWM die Fernwärmeversorgung massiv aus. Ziel ist es, möglichst vielen Münchnern einen Anschluss zu ermöglichen. Über 200 Millionen Euro investieren die SWM in dieses bisher nicht dagewesene Ausbauprogramm, um den Münchner Westen und auch Gebiete im Süden und Osten mit ökologischer Fernwärme zu versorgen. Insgesamt werden die SWM hierfür über 100 Kilometer neue Fernwärmeleitungen verlegen. In den nächsten zehn Jahren ist ein Neuanschlusswert in einer dreistelligen Megawatthöhe geplant.
Bis 2040 soll München die erste deutsche Großstadt werden, in der Fernwärme zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien gewonnen wird. Um diese Vision zu realisieren, setzen die SWM in erster Linie auf die weitere Erschließung der Erdwärme."

Neue gesetzliche Bestimmungen erschweren die Umsetzung der Pläne. In diesem Jahr ist das Gesetz über die energetische Modernisierung von vermietetem Wohnraum und über die vereinfachte Durchsetzung von Räumungstiteln (Mietrechtsänderungsgesetz) in Kraft getreten. Das Gesetz beinhaltet wesentliche Änderungen im Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter bei der Umstellung der Wärmelieferung auf gewerbliche Wärmelieferanten. Das gilt insbesondere für die Umstellung von der sogenannten Eigenversorgung durch den Vermieter auf die eigenständig gewerbliche Lieferung durch einen Wärmelieferanten, also gleichermaßen für dezentrale Contractinglösungen sowie für die Belieferung mit Fernwärme. Der maßgebliche § 556c BGB ist am 1. Juli 2013 in Kraft getreten. Ergänzt wurde das Gesetz um die „Verordnung über die Umstellung auf gewerbliche Wärmelieferung für Mietwohnraum" (Wärmelieferverordnung), die ebenfalls seit dem 1. Juli 2013 wirksam ist.

Generell werden die Ziele des Gesetzgebers durch diese Wärmelieferverordnung jedoch verfehlt. Die Umstellung auf gewerbliche Wärmelieferung durch dezentrale Contractinglösungen oder Fernwärme sollte als wichtiges Instrument zur Verbesserung der Energieeffizienz dienen sowie die Interessen aller Beteiligter – Vermieter, Mieter und Wärmelieferanten – berücksichtigen. Beide Gesichtspunkte werden nicht erreicht.
Die Verordnung behindert durch ihre Ausgestaltung generell die Umstellung auf effiziente, neue Heiztechniken. Der erhoffte Anschub zur Heizungsmodernisierung wird dauerhaft ausbleiben. Mit der Wärmelieferverordnung wird der untaugliche Versuch unternommen, das sogenannte Ver-

mieter-/Mieter-Dilemma zu lösen und gleichzeitig die Energieeffizienzrichtlinie der EU umzusetzen.

Die SWM, gemeinsam mit der gesamten Wärmeversorgungs- und Contractingbranche, gehen davon aus, dass der Gesetzgeber diese Fehlsteuerung wieder beheben wird. Aufgrund der großen Umweltvorteile der Fernwärme werden die SWM den Ausbau weiterhin konsequent vorantreiben.

Den in der Anfrage dargestellten Preisvergleich können die SWM nicht nachvollziehen. Ein Heizkostenvergleich kann nur über einen sogenannten Vollkostenvergleich betrachtet werden (also inklusive Investitions-, Wartungs-, Betriebsführungs-, Kaminkehrer- und Brennstofflagerkosten).

Frage 1:
Wie reagieren die SWM auf die Neubestimmung des § 556c im BGB bei der Umstellung auf Fernwärme?

Antwort der SWM:
Die SWM machen seit Inkrafttreten des § 556c BGB und der Wärmelieferverordnung zum 1. Juli 2013 jeden Kunden, der von der Mietrechtsnovelle betroffen sein könnte, auf die neue Gesetzeslage aufmerksam und fordern zur Erstellung der Vergleichsberechnungen die erforderlichen Unterlagen ein. Die Erstellung der Vergleichsberechnung erfolgt gemäß Wärmelieferverordnung durch die SWM und ist Bestandteil des Wärmeliefervertrags mit dem Kunden.

Frage 2:
Über welchen Zeitraum rückwirkend gelten nach Auffassung der SWM die Bestimmungen des § 556c?

Antwort der SWM:
§ 556c BGB ist am 1. Juli 2013 in Kraft getreten. Lediglich § 556c Absatz 3, der die Ermächtigung der Bundesregierung zum Erlass der Wärmelieferverordnung vorsieht, ist bereits am 19.3.2013 in Kraft getreten.

§ 556c BGB ist daher für Umstellungen auf Wärmelieferung anwendbar, die seit dem 1. Juli 2013 erfolgen bzw. erfolgt sind. Auf Umstellungen, die vor dem 1. Juli 2013 erfolgt sind, ist § 556c BGB hingegen nicht anwendbar.

Frage 3:
Warum wird seitens der SWM über die mit den neuen Bestimmungen einhergehende Problematik nicht informiert? Schließlich sind die Bestimmungen ab 1.7.2013 rechtswirksam.

Antwort der SWM:
Die SWM machen seit Gültigkeit der Wärmelieferverordnung jeden Kunden, der von der Mietrechtsnovelle betroffen sein könnte, auf die neue Gesetzeslage aufmerksam und fordern zur Erstellung der Vergleichsberechnungen die erforderlichen Unterlagen ein.

Frage 4:
Welche Auswirkungen auf die Preisgestaltung sehen die Stadtwerke bei einem Rückgang von Fernwärme-Neuabschlüssen?

Antwort der SWM:
Die Erfahrungen seit Inkrafttreten der neuen Regelungen zeigen, dass weiterhin, wenn auch in verringertem Maße, die Umstellung auf ökologisch sinnvolle Fernwärme möglich ist – bei gleichzeitig stattfindenden Energieeffizienzmaßnahmen an Gebäuden und in Abhängigkeit des bisher verwendeten Energieträgers.
Auf Grund der angesprochenen neuen gesetzlichen Bestimmungen (Mietrechtsänderungsgesetz mit Wärmelieferverordnung) und der hieraus resultierenden Schlechterstellung der ökologisch sinnvollen und vom Gesetzgeber durch das KWK-Gesetz an anderer Stelle geförderten Fernwärme, werden zukünftig rückläufige Neuanschlusswerte bei der Umstellung von Bestandsgebäuden (nicht Neubau), die nicht gleichzeitig auch Energieeffizienzmaßnahmen am Gebäude durchführen, erwartet. Wie sich das neue Gesetz konkret auf die Anschlusszahlen auswirken wird, lässt sich derzeit noch nicht sagen.

Frage 5:
Wie viele Umstellungen im Geschosswohnungsbau auf Fernwärme haben die Stadtwerke ab 1.7.2013 vorgenommen? Wurden die Vertragspartner und die Mieterinnen und Mieter auf die neue Gesetzeslage hingewiesen? Wer trägt das Kostenrisiko bei vorgenommenen Umstellungen?

Antwort der SWM:
Wie bei jeder Einführung von neuen Gesetzen tritt unmittelbar nach deren Einführung eine Phase ein, in der die Betroffenen – in diesem Fall vor allem

Vermieter – sich informieren und entsprechende Entscheidungen treffen müssen. In dieser Phase befinden wir uns derzeit. Das führt zu einem aktuellen „Entscheidungsstau“ bei der Umstellung auf effiziente Wärmelösungen mit Fernwärme, aber auch bei dezentralen Wärmelösungen.
Die Entscheidung zur weiteren Vorgehensweise obliegt dem Gebäudeeigentümer. Die Verantwortlichkeiten sind im Mietrechtsänderungsgesetz sowie in der Wärmelieferverordnung geregelt.

Frage 6:
Bei einer Angleichung der Fernwärmepreise an die Gaspreise würden die vorgenannten Probleme nicht entstehen. Angesichts einer dann erhöhten Anzahl von Anschlüssen könnten die Mindereinnahmen wegen der Preissenkung ausgeglichen werden. Wie bewerten dieses die SWM?

Antwort der SWM:
Die M-Fernwärme steht im Wettbewerb zu allen anderen Energieträgern. Die Preisgestaltung beruht auf der „Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV)“, § 24, und ist eindeutig in den vertraglichen Bestimmungen der mit den Kunden abgeschlossenen Wärmelieferverträge geregelt.

Ich hoffe, dass Ihre Fragen hiermit beantwortet werden konnten.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 11. Dezember 2013

Neue Sportanlage für die Messestadt Riem
Antrag Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Ingo Mittermaier, Christian Müller, Regina Salzmann, Helmut Schmid und Birgit Volk (SPD)

Einführung eines gebundenen Ganztagszuges an der Grundschule an der Blumenauer Straße
Anfrage Stadträte Josef Schmid und Johann Stadler (CSU)

Montessorischule an der Reutberger Straße unterstützen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Manuela Olhausen und Josef Schmid (CSU)

Sonderförderprogramm für Kunstrasenplätze
Antrag Stadträte Josef Schmid und Mario Schmidbauer (CSU)

Erschließung Gewerbegebiet Detmoldstraße/Lemgostraße per Gleisanschluss: Ignoriert die Stadtverwaltung den Bebauungsplan und einen Stadtratsantrag?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Otto Bertermann, Ursula Sabathil (Freie Wähler), Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP) und Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei)

Versorgungslücken von Postfilialen/-agenturen im Münchner Osten?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Otto Bertermann, Ursula Sabathil (Freie Wähler), Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP) und Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei)

Islamistische Schmierereien an Münchner Kirchen
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Verena Dietl
Christian Müller
Ingo Mittermaier
Regina Salzmann
Helmut Schmid
Birgit Volk

Stadtratsmitglieder

München, 11.12.2013

Neue Sportanlage für die Messestadt Riem

Antrag:

Aufgrund des steigenden Bedarfs an Sportanlagen sollen neue Flächen in der Messestadt Riem ausgewiesen werden. Es soll eine Prüfung der Flächen vor Ort vorgenommen und dem Stadtrat vorgelegt werden.

Begründung:

Die Messestadt Riem wächst überdurchschnittlich stark. Viele Familien und Kinder leben gerne in der Messestadt und nutzen entsprechend auch die Sportangebote. Inzwischen musste zum Beispiel aufgrund der steigenden Mitgliederzahlen der SC Arcadia Messestadt München e.V. sogar einen Aufnahmestopp verhängen. Mit neuen Flächen kann das Sportangebot entsprechend erweitert und somit einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

gez.
Verena Dietl
Christian Müller
Ingo Mittermaier
Regina Salzmann
Helmut Schmid
Birgit Volk
Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23 39 26 27, Fax: 089-23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat
Josef Schmid
Stadtrat
Johann Stadler

ANFRAGE
11.12.2013

Einführung eines gebundenen Ganztagszuges an der Grundschule an der Blumenauer Straße

Mit Schreiben vom 27.11.2013 beantwortete der Stadtschulrat den CSU-Antrag vom 28.06.2013 „Voraussetzungen für die Einführung eines gebundenen Ganztagszuges in der Grundschule an der Blumenauer Straße schaffen“.
Nach grundsätzlichen und allgemein bekannten Ausführungen zur Einführung von Ganztagszügen führte er zu unserem konkreten Antrag folgendes aus:

„An der Grundschule an der Blumenauer Str. 11 fand ein entsprechendes Beratungsgespräch mit der MSAG und dem Zentralen Immobilienmanagement bereits im Oktober 2011 statt, bei welchem der Schulleitung auch Vorschläge und Möglichkeiten für eine interimsweise Versorgung und Betreuung eines gebundenen Ganztagsangebotes (welches auch bereits im Bereich der Mittelschule vorhanden ist) unterbreitet wurde. Um die Betreuung und Versorgung auch mit einem Vollausbau der GT-Züge von Grund- und Mittelschule sicherstellen zu können, wurde die Schulleitung ebenfalls über die parallele Entwicklung eines langfristigen Konzeptes zur Schaffung der dauerhaft notwendigen Räumlichkeiten informiert. Eine Kombination mit der notwendigen Sanierung bzw. Erneuerung der Kindertageseinrichtung an der Blumenauer Straße 9 ist in diesem Rahmen mit beabsichtigt.
Dem Stadtrat kann damit im Hinblick auf die Forderung nach einer Kombination der Sanierung bzw. Erneuerung der Kindertageseinrichtung mit der Schaffung der notwendigen Ganztagsräume entsprochen werden. Im Hinblick auf die Schaffung einer Übergangslösung, um die Grundschule bereits zum jetzigen Zeitpunkt in die Lage der Einführung eines gebundenen Ganztagsangebotes zu versetzen, wird auf das bestehende GT-Antragsverfahren sowie das Beratungsangebot des Referates für Bildung und Sport verwiesen.
Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist. „

Da diesen Ausführungen nicht entnommen werden kann, wie es an der Grundschule an der Blumenauer Straße mit der Einführung des gebundenen Ganztagszuges nun weiter geht fragen wir:

1. Wann werden welche baulichen Maßnahmen bei der Kindertageseinrichtung und bei der Grundschule ergriffen?

2. Wann liegen die räumlichen Voraussetzungen für die Einführung des Ganztagszuges vor?

3. Wann ist geplant, den gebundenen Ganztagszug einzuführen? Liegt bereits ein Antrag vor?

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Johann Stadler
Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat
Josef Schmid
Stadträtin
Dr. Manuela Olhausen

ANTRAG

11.12.2013

Montessorischule an der Reutberger Straße unterstützen

1. Die Landeshauptstadt München unterstützt die Bürgerinitiative „Montessori für Sendling“ bei der Suche nach einem neuen Trägerverein.
2. Es wird geprüft, ob und wie auf dem Grundstück neben dem Schulbetrieb auch Kinder - tagesbetreuung oder Nachmittagsbetreuung für Grundschulkinder untergebracht werden kann.

Begründung:
Der Erbpachtvertrag der Landeshauptstadt München mit dem Trägerverein der Montessori-Schule „Aktion Sonnenschein“ läuft zum 31.12.2015 aus. Ein neuer Vertrag müsste aus rechtlichen Gründen eine höhere Erbpacht beinhalten. Die „Aktion Sonnenschein“ möchte deshalb zum 01.01.2016 den Standort Reutberger Straße aufgeben und ihre Montessorischule am Standort Heiglhofstraße bündeln.
Viele Eltern möchten jedoch den Standort Reutberger Straße erhalten und haben die Bürgerinitiative „Montessori für Sendling“ gegründet. Die Bürgerinitiative sucht nun einen neuen Trägerverein der einerseits die Schule übernimmt und andererseits auch eine kommunale Aufgabe wie Kindertagesbetreuung übernimmt. Denn nur wenn auch eine kommunale Pflichtaufgabe erfüllt wird, kann die Stadt den gesetzlich zu fordernden Erbpachtzins ermäßigen. Der Schulbetrieb kann nur bei einem ermäßigten Erbpachtzins aufrecht erhalten werden. Da der Bedarf an Kindertagesbetreuungsplätzen und Nachmittagsangeboten für Grundschulkinder in Sendling gegeben ist, soll die Stadt hier aktiv tätig werden.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Dr. Manuela Olhausen
Stadträtin

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat
Josef Schmid
Stadtrat
Mario Schmidbauer

ANTRAG
11.12.2013

Sonderförderprogramm für Kunstrasenplätze

Das Infrastrukturprogramm „Sport in München“ wird durch ein befristetes Sonderförderprogramm in Höhe von 10 Millionen Euro für den Bau von Kunstrasenplätzen ergänzt.

Begründung:
Bei vielen Vereinen kann der Trainings- und Spielbetrieb wegen unzureichender Platzverhältnisse nur mit großen Einschränkungen aufrechterhalten werden. Wie groß der Bedarf an neuen oder erneuerten Kunstrasenplätzen tatsächlich ist, kann man deutlich an der Prioritätenliste des Infrastrukturprogramms Sport in München – Teil 1 ; Städtische Sportbaumaßnahmen, ablesen. Bei den aufgeführten 27 Baumaßnahmen handelt es sich um 16 Neuerrichtungen oder Großinstandsetzungen von Kunstrasenplätzen. Damit dieser Investitionsstau bei den für den Trainings- und Spielbetrieb unbedingt notwendigen Kunstrasenplätzen abgebaut werden kann, ist ein Sonderförderprogramm notwendig.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Mario Schmidbauer
Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Stadtratsfraktion
Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / BAYERNPARTEI

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 10.12.2013

Anfrage

Erschließung Gewerbegebiet Detmoldstraße/Lemgostraße per Gleisanschluss: Ignoriert die Stadtverwaltung den Bebauungsplan und einen Stadtratsantrag?

Der Stadtrat hat im Bebauungsplan 1398a vom 21.04.2004 vorgesehen, die meisten Grundstücke im Gewerbegebiet Detmoldstraße/Lemgostraße am Bahn-Nordring mit Gleisanschlüssen zu erschließen.[1] Bekräftigend hat der Stadtrat am 15.03.2006 im Verkehrsentwicklungsplan den Erhalt und die Neuanlage von Gleisanschlüssen beschlossen.[2]

Die im Gewerbegebiet ansässigen Abfallsammel- und verwertungsunternehmen haben in den vergangenen Jahren ihren Geschäftsumfang erheblich ausgeweitet. Aktuell liegt der Stadtverwaltung erneut ein Antrag auf Erweiterung der Verarbeitungskapazität vor.

Die Stadtverwaltung ist gehalten, die in einem Bebauungsplan festgelegten verkehrlichen Erschließungsanlagen herzustellen oder zumindest nicht entgegen dem vom Stadtrat beschlossenen Bebauungsplan zu handeln. Genau das geschieht aber bei diesem Gewerbegebiet:

Im Jahr 2008 wurde ein Teil der Gleisanlagen durch die Deutsche Bahn AG abgebaut, ohne erkennbaren Protest der Landeshauptstadt München.[3]

Im August 2010 hat das städtische Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) einer Abfallverwertungsfirma genehmigt, auf der im Bebauungsplan zur Erschließung per Gleisanschluss vorgesehenen Trasse eine Überdachung zu bauen und ökologische Ausgleichsflächen anzulegen.[4]

Ende 2010 hat das städtische Baureferat den Rückbau eines erst 2006 für ein Gütergleis gebauten Bahnübergangs veranlasst,[5] ohne den von ÖDP-Stadtrat Tobias Ruff am 19.10.2010 gestellten Antrag in puncto Baustopp auch nur zu behandeln.[6] Über das Gleis wurde früher regelmäßig z.B. Altglas durch ansässige Abfallverwertungsunternehmen per Bahn abtransportiert.

---

1 http://www.muenchen.info/plan/bebauungsplan/p_8664_1398a.pdf
http://www.muenchen.info/plan/bebauungsplan/t_8664_1398a.pdf
Unlesbar ins Internet eingestellter Beschlussentwurf Vorlagen-Nr.: 02-08 / V 03044:
http://www.ris-muenchen.de/RII2/RII/ris_vorlagen_dokumente.jsp?risid=387361

2 Verkehrsentwicklungsplan München, S. 42:
http://www.muenchen.de/rathaus/dms/Home/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Stadtplanung-und-Bauordnung/Publikationen/vep06_beschluss.pdf

3 Antwortschreiben zu ÖDP-Stadtratsanfrage StR-Antrags-Nummer: 08-14 / F 00206:
http://www.ris-muenchen.de/RII2/RII/ris_antrag_dokumente.jsp?risid=1694866

4 Genehmigungsbescheid des RGU vom 30.08.2010, Seite 18, Gliederungspunkte 7.4 und 7.5:
http://weba-online.de/app/download/5780691680/BImSch-Detmoldstr.pdf

5 vgl. Süddeutsche Zeitung, 7.10.2010, Seite R 11 und Münchner Nord-Rundschau, 13.10.2010, Seite 17
http://www.wochenanzeiger.de/article/103054.html

6 http://www.ris-muenchen.de/RII2/RII/ris_antrag_dokumente.jsp?risid=2150951

Fraktion Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / BAYERNPARTEI
Rathaus, Marienplatz 8 ● Geschäftsstelle: Zimmer 116 ● 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 207 98 ● Fax: 089 / 233 – 207 70 ● E-Mail: fraktion-buergerliche-mitte@muenchen.de

Aktuell beantragt dieselbe Firma, welche schon im Jahr 2010 auf den im Bebauungsplan als Gleistrasse festgesetzten Flächen Ausgleichspflanzungen vornahm, eine Betriebserweiterung und in diesem Zusammenhang erneut Baumpflanzungen auf der im Bebauungsplan festgelegten Gleistrasse. Dies, obwohl der Bauausschuss des Stadtrates am 18.06.2013 beantragt hat, auf dieser Trasse die Option eines Gleisanschlusses zum städtischen Salzlager in der Detmoldstraße 10 offenzuhalten, um dort gegebenenfalls Streusalz auf der Schiene anliefern lassen zu können.[7]

Wegen der entgegen dem planerischen Willen des Stadtrates nicht erhaltenen und nicht betriebenen Gleisanschlüsse beläuft sich der über die - ohnehin häufig überlastete - Moosacher Straße abzuwickelnde Lkw-Verkehr aus diesem Gewerbegebiet um Tausende Lkw pro Jahr, die Hunderttausende Tonnen von Abfällen zu Verwertungsanlagen transportieren.

Foto: privat

In einer Beschlussvorlage aus dem Jahr 2010 führt das städtische Planungsreferat aus: „Trotz intensiver Bemühungen seitens der Landeshauptstadt München war es nicht möglich, mit den ansässigen Unternehmen und der DB AG ein tragfähiges Nutzungskonzept zu entwickeln, so dass die rechtliche Grundlage für eine Ablehnung eines Antrages auf Freistellung von Bahnbetriebszwecken nicht gegeben ist.“[8] Richtig daran ist, dass die LH Stadt München keine Entscheidungshoheit über die eisenbahnrechtliche Entwidmung, die Freistellung, hat, sondern nur ein Anhörungsrecht. Gleichwohl ist sie aufgefordert, auf die Umsetzung der Planung hinzuwirken und diese nicht durch Verwaltungsentscheidungen zu konterkarieren.

7 http://www.ris-muenchen.de/RII2/RII/ris_vorlagen_detail.jsp?risid=2984457
8 Seite 35 der Vorlagen-Nr.: 08-14 / V 09317 unter: http://www.ris-muenchen.de/RII2/RII/ris_vorlagen_dokumente.jsp?risid=2648853

Wir fragen daher den Oberbürgermeister:

1. Welchen Wert hat ein vom Stadtrat beschlossener Bebauungsplan, wenn die städtischen Referate anschließend Genehmigungen erteilen und Maßnahmen beschließen, die im Widerspruch zu den planerischen Zielen und Festsetzungen des Bebauungsplans stehen?
2. Welchen Wert hat der vom Stadtrat beschlossene Verkehrsentwicklungsplan, wenn die städtischen Referate darin enthaltene Vorgaben, wie die Ermöglichung von Geisanschlüssen zur künftigen Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene, nicht im Verwaltungshandeln umsetzen?
3. Beabsichtigen die städtischen Referate die aktuell beantragte Erweiterung eines Abfallverwertungsunternehmens erneut unter Missachtung des vom Stadtrat beschlossenen Bebauungsplans und der durch Antrag des Bauausschusses vom 18.06.2013 bekräftigten Offenhaltung eines künftigen Gleisanschlusses zu genehmigen?
4. Beabsichtigen die städtischen Referate weiterhin entgegen dem vom Stadtrat beschlossenen Verkehrsentwicklungsplan die Beseitigung von Gleisanschlüssen und den Gütertransport mittels Lkw auf städtische Straßen nicht nur schicksalhaft hinzunehmen, sondern auch noch durch eigenes Verwaltungshandeln zu forcieren?
5. In welchen Jahren hat die Stadtverwaltung mit den im Gewerbegebiet Detmoldstraße/ Lemgostraße ansässigen Unternehmen und der DB AG intensiv über ein tragfähiges Nutzungskonzept für die Gleisanschlüsse verhandelt?[9] Wurde auch, entsprechend dem Vorschlag im ÖDP-Antrag vom 19.10.2010, mit anderen Bahnunternehmen als der DB AG verhandelt? Wenn nein, warum nicht?
6. Laut Zeitungsberichten erhielt die Stadt München für den Bau des Bahnübergangs Detmoldstraße/Lemgostraße rund eine Millionen Euro, die nicht (vollständig) dafür investiert wurden.[10] Wo befinden sich diese Gelder? Wurden diese Gelder komplett zurückgezahlt?
7. Welche Kosten sind der Stadt München für den im Jahr 2010 völlig unnötig durchgeführten Abbau des im Jahr 2006 neu errichteten, tadellos intakten Bahnübergangs in der Detmoldstraße/Lemgostraße entstanden? Wurde durch diese überflüssige Maßnahme gegen den gesetzlichen Grundsatz der sparsamen Haushaltsführung (Art. 61 Abs. 2 Satz 1 BayGO) verstoßen?
8. Warum wurde der ÖDP-Antrag vom 19.10.2010, den Rückbau des Bahnübergangs Detmoldstraße/Lemgostraße zu stoppen, vom Baureferat nicht umgesetzt?
9. Warum wurde der ÖDP-Antrag vom 19.10.2010, den Rückbau des Bahnübergangs Detmoldstraße/Lemgostraße zu stoppen, in diesem Punkt nie behandelt, weder in einem Stadtratsbeschluss noch in einem Antwortschreiben an den Stadtrat Tobias Ruff?
10. Warum wurde der ÖDP-Antrag vom 19.10.2010, den Rückbau des Bahnübergangs Detmoldstraße/Lemgostraße zu stoppen, im Ratsinformationssystem (RIS) als erledigt gekennzeichnet,[11] aber im RIS kein Ergebnis und keine Beschlussvorlage angegeben?

Initiative: **Johann Altmann (FW), Tobias Ruff (ÖDP)**
weitere Fraktionsmitglieder: Dr. Otto Bertermann (FW), Richard Progl (BP), Ursula Sabathil (FW)

---

9 Seite 35 der Vorlagen-Nr.: 08-14 / V 09317 unter: http://www.ris-muenchen.de/RII2/RII/ris_vorlagen_dokumente.jsp?risid=2648853
10 Münchner Nord-Rundschau, 13.10.2010, Seite 17 http://www.wochenanzeiger.de/article/103054.html
11 http://www.ris-muenchen.de/RII2/RII/ris_antrag_dokumente.jsp?risid=2150951

Fraktion Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / BAYERNPARTEI
Rathaus, Marienplatz 8 ● Geschäftsstelle: Zimmer 116 ● 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 207 98 ● Fax: 089 / 233 – 207 70 ● E-Mail: fraktion-buergerliche-mitte@muenchen.de

Stadtratsfraktion
Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / BAYERNPARTEI

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 11.12.2013

ANFRAGE
Versorgungslücken von Postfilialen / -agenturen im Münchner Osten?

Die Verlegung der Filiale der Deutschen Post AG vom Hanns-Seidel-Platz in das Einkaufszentrum *life Park & Shop* an der Albert-Schweitzer-Straße / Ecke Ständlerstraße hat dazu geführt, dass viele Anwohner nun deutlich längere Wege zur Post bewältigen müssen. Östlich des Hanns-Seidel-Platzes befinden sich mehrere Einrichtungen für Senioren, unter anderem ein Senioren-wohnheim und ein Alten-und-Service-Zentrum, deren Bewohner bzw. Besucher Kunden der Postfiliale waren. Laut Postuniversaldienstleistungsverordnung (PUDLV) muss eine wohnortnahe Versorgung mit Postdienstleistungen in einer Entfernung von maximal zwei Kilometern gegeben sein.

Wir fragen daher den Oberbürgermeister:

1. Sind der LH München Planungen bekannt, in der Edeka-Filiale im Sudermann-Zentrum eine sog. Postagentur einzurichten? Wenn nein, welche Möglichkeiten sieht die LHM, sich für die Einrichtung einer solchen Agentur einsetzen.
2. Gibt es anderweitige Pläne für die Einrichtung von Postagenturen in der näheren Umgebung?
3. Sieht die LH München zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Versorgungsstandards nach PUDLV nach wie vor gewährleistet?

Initiative: **Johann Altmann (FW)**, *weitere Fraktionsmitglieder:* Dr. Otto Bertermann (FW), Richard Progl (BP), Tobias Ruff (ÖDP), Ursula Sabathil (FW)

Fraktion Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / BAYERNPARTEI
Rathaus, Marienplatz 8 ● Geschäftsstelle: Zimmer 116 ● 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 20 798 ● Fax: 089 / 233 – 20 770 ● E-Mail: fraktion-buergerliche-mitte@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
11.12.2013

Islamistische Schmierereien an Münchner Kirchen

Einem Bericht der „Abendzeitung“ zufolge beschmierte dieser Tage ein Asylbwerber die Eingangstür der St. Michaelskirche in der Neuhauser Straße mit arabischen Schriftzeichen. Die Botschaft des Mannes: „Gott ist groß, Heiliger Krieg“. Die AZ berichtet des weiteren, daß letzte Woche auch in Augsburg in drei Fällen Kirchenportale mit arabischen Schriftzeichen und der Parole „Allah ist groß“ besprüht wurden. In unguter Erinnerung ist darüber hinaus, daß bereits in den Jahren 2010 und 2011 auch die Milbertshofener Pfarrgemeinde St. Georg Ziel wiederholter Schmierereien und Beschädigungen war (vgl. dazu die Stadtrats-Initiativen der BIA vom 29.07.2011, StR-Antr Nr. 08-14 / F 00974 und 08-14 / A 02674) und daß sich auch in anderen Teilen Deutschlands die Übergriffe gegen Kirchen und andere christliche Glaubensstätten häufen. – Es stellen sich Fragen.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Welche Beobachtungen liegen der Stadt zu religiös, insbesondere islamisch motivierten Übergriffen (Schmierereien, Beschädigungen, Verunreinigungen etc.) gegen kirchliche Einrichtungen in München in den letzten Jahren vor? Welche Pfarrgemeinden waren betroffen?

2. Wie versucht die LHM für die zunehmende Aggression gegen kirchliche Einrichtungen zu sensibilisieren? Gibt es Präventionsprogramme, ggf. in Zusammenarbeit mit der Polizei?

Karl Richter
Stadtrat

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 11. Dezember 2013

Neues Stadtteilzentrum für Neuperlach
Pressemitteilung GEWOFAG

Landeshauptstadt
München
Kommunalreferat

GEWOFAG Holding GmbH

Pressemitteilung (teilweise voraus)

Neues Stadtteilzentrum für Neuperlach

Realisierungswettbewerb zur Bebauung am Hanns-Seidel-Platz entschieden / Kommunalreferat und GEWOFAG bauen kulturelles Bürgerzentrum und Wohnungen

München, 11. Dezember 2013. Am Hanns-Seidel-Platz in Neuperlach entsteht ein belebtes und urbanes Stadtteilzentrum mit einem kulturellen Bürgerzentrum, Sozialbürgerhaus und Wohnungen. Für dieses Projekt haben das Kommunalreferat und die städtische Wohnungsbaugesellschaft GEWOFAG gemeinsam einen Realisierungswettbewerb ausgelobt, an dem sich elf Planungsteams aus ganz Europa beteiligten. Das Preisgericht unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Thomas Jocher entschied sich für den Entwurf des Architekturbüros Delugan Meissl Associated Architects (ZT) mit Helmut Wimmer und Partner, Wien sowie EGKK Landschaftsarchitektur, ebenfalls aus Wien.

Neue Identität für Neuperlach

In der Begründung der Jury heißt es: „Der Entwurf wagt es, ein neues Zeichen für die Mitte von Neuperlach zu setzen. Ein skulptural geformter Baukörper bietet eine unverwechselbare Architektur an, die einen Akzent für den Hanns-Seidel-Platz bringt. Insgesamt ist die Einbindung des stark akzentuierten Baukörpers in die städtebauliche Gesamtsituation gut gelungen, die große Geste überzeugt in alle drei Richtungen, zum Norden zum Busbahnhof zum Süden ins Quartier und in Richtung Pep zum Marktplatz. Die kulturellen und öffentlichen Nutzungen sowie die Wohnnutzungen werden über den öffentlichen Raum sinnvoll verknüpft. Der Entwurf schafft eine neue Identität für Neuperlach.“

Bürgerzentrum mit Bibliothek, VHS, Sozialbürgerhaus und Wohnungen

Die Wettbewerbsbebauung wird das Bild des neuen Quartiers zum Hanns-Seidel-Platz hin prägen. Die Landeshauptstadt München errichtet im nördlichen Teil des Geländes einen Gebäudekomplex für ein Bürgerzentrum mit Räumen zur stadtteilkulturellen Nutzung, eine

Stadtteilbibliothek, die Münchner Volkshochschule und das so genannte „FestSpielHaus“ (eine jugendkulturelle Einrichtung) sowie ein Sozialbürgerhaus. Zudem entsteht ein neuer Zugang zum Sperrengeschoss der U-Bahn-Haltestelle Neuperlach-Zentrum. Die GEWOFAG baut im nordöstlichen Teil rund 160 geförderte Wohnungen mit Dachgärten und ein Kindertageszentrum für 75 Kinder. Der Baubeginn des Gebäudekomplexes der Landeshauptstadt München ist für 2017, die Fertigstellung für 2019 geplant. Die GEWOFAG beginnt 2016 mit dem Bau der Wohnungen, die voraussichtlich 2018 fertig gestellt werden. Insgesamt investiert die GEWOFAG rund 30 Mio. Euro.

Kommunalreferent Axel Markwardt: „Das Kommunalreferat hat im letzten Jahr mit Hochdruck an der Koordination der diversen Eigentümer auf dem Areal des Hanns-Seidel-Platzes gearbeitet. Erklärtes Ziel war es dabei immer, Ende 2013 die Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs für den Platz der Öffentlichkeit vorzustellen. Diesen Zeitplan haben wir eingehalten. Dadurch können die Planungen auf dem Hanns-Seidel-Platz endlich konkrete Formen annehmen. Der neue Platz wird Wohnbebauung sowie kulturellen und sozialen Nutzungen den passenden Raum geben. Das freut mich besonders für die Bürgerinnen und Bürger Neuperlachs, die sich bei der nun eröffneten Ausstellung überzeugen können, wie schön die zukünftige Mitte ihres Stadtviertels sein wird.“

Stadtbaurätin Prof. Dr.(I) Elisabeth Merk: „Mit dem Entwurf von Delugan Meissl gelingt es, der Mitte von Neuperlach endlich die städtebauliche und architektonische Bedeutung zu geben, die dem Stadtbezirk mit 109.000 Einwohnern gerecht wird. Die große Geste des Gebäudes antwortet auf das städtebauliche Konzept am Hanns-Seidel-Platz und bietet einen hervorragenden Rahmen für die öffentlichen Nutzungen. Gleichzeitig werden die Bezüge zur neuen Wohnnutzung aufgenommen.
Ich bin sicher, dass die großzügigen öffentlichen Dachterrassen eine Attraktion nicht nur für die Neuperlacher Bürgerinnen und Bürger, sondern für ganz München werden."

Sigismund Mühlbauer, Prokurist der GEWOFAG: „Die architektonische Qualität von Wohnungen ist der GEWOFAG wichtig. Ein Realisierungswettbewerb ist zwar ein aufwändiges Verfahren, aber für uns der richtige Weg, das beste Konzept für ein Bauvorhaben zu finden. Die 160 neuen, geförderten Wohnungen tragen dazu bei, den Münchner Wohnungsmarkt zu entspannen. Der Siegerentwurf insgesamt ist nicht nur überzeugend, sondern geradezu spektakulär.“

Ideenwettbewerb für den Hanns-Seidel-Platz 2010

Für die Fläche des Wettbewerbsgebiets am Hanns-Seidel-Platz hat das Kommunalreferat 2010 über einen städtebaulichen und landschaftsplanerischen Ideenwettbewerb ein Planungskonzept gefunden, das dort ein belebtes und urbanes Stadtteilzentrum schafft. Der

Siegerentwurf konkretisiert die Hochbau- und Freianlagengestaltung für den Nordteil dieser Fläche, die momentan mit Zwischennutzungen belegt ist.

Ausstellung der Arbeiten des Realisierungswettbewerbs bis 30.12.2013

Die Ausstellung der Wettbewerbsarbeiten ist vom 10. bis 30.12.2013 außer am 24.12. und an den Feiertagen jeweils von Montag bis Freitag von 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr geöffnet. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, sich die Arbeiten im Forum der GEWOFAG in der Kirchseeoner Straße 3 in Ramersdorf anzusehen.

Lageplan

Ansicht Innenhof

Pressekontakt

Kommunalreferat

Bernd Plank
Landeshauptstadt München
Kommunalreferat
Büro der Referatsleitung
Roßmarkt 3
80331 München
Tel.: 089 233-28640
E-Mail: bdr.kom@muenchen.de

GEWOFAG

Sabine Sommer
Konzernsprecherin
GEWOFAG Holding GmbH
Kirchseeoner Straße 3
81669 München
Tel.: 089 4123-372
E-Mail: sabine.sommer@gewofag.de
www.gewofag.de